

NACHRICHTEN

US-Justiz beharrt auf Ellans Rückkehr



WASHINGTON: Die Bundesbehörden der USA beharren darauf, dass der kubanische Flüchtlingsjunge Elian Gonzalez in seine Heimat zurückgeschickt wird.

Bosnische Moslem-Familie ermordet

PRISTINA: Unbekannte haben im Kosovo vier Mitglieder einer bosnischen Familie ermordet. Die Opfer - drei Frauen und ein Mann - seien in einem Haus in der Stadt Prizren gefunden worden.

Polizisten in Albanerdorf getötet

SKOPJE: In einem Albanerdorf in Mazedonien sind drei Polizisten getötet worden, als Unbekannte eine Polizeistreife angriffen.

Europäische Lebensmittelbehörde?

BRÜSSEL: Die EU-Kommission will für die EU eine zentrale Lebensmittelbehörde schaffen. Zudem schlägt sie nach mehreren Lebensmittelskandalen der vergangenen Zeit umfassende Rechtsreformen vor.

Pinochet bald frei?

Ärzte halten 84-jährigen Ex-Diktator für prozessunfähig

LONDON: Der chilenische Ex-Diktator Augusto Pinochet kann nach dem Hausarrest in London wahrscheinlich bald als freier Mann in seine Heimat zurückkehren.



Der 84 Jahre alte chilenische Ex-Diktator Augusto Pinochet (Bildmitte) wird vermutlich als freier Mann in seine Heimat zurückkehren.

Die vier untersuchenden Ärzte kamen laut Angaben des britischen Innenministeriums «einstimmig» zum Schluss, dass der 84-Jährige in absehbarer Zeit nicht in der Lage sei, ein Gerichtsverfahren zu überstehen.

Das medizinische Gutachten selbst wurde mit Verweis auf die ärztliche Schweigepflicht nicht veröffentlicht. Nach Angaben aus seiner Umgebung leidet Pinochet unter anderem an Diabetes, Blutarbeit und Gefässerkrankungen im Gehirn.

Der britische Innenminister Jack Straw kündigte am Dienstagabend an, bis Mitte nächster Woche über das Schicksal des Ex-Diktators zu entscheiden.

Die britische Regierung will vor dem endgültigen Entscheid aber noch Betroffene anhören: Sie for-

derte mehrere Staaten sowie Menschenrechtsorganisationen auf, sich binnen Wochenfrist zu dem neuen Sachverhalt zu äussern.

Aufgrund eines Auslieferungsantrages der spanischen Justiz wird Pinochet seit Oktober 1998 in London festgehalten. Der spanische Ermittlungsrichter Baltasar Garzón legt ihm zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Militärdiktatur von 1973 bis 1990 zur Last.

Neben Frankreich und Belgien war auch die Schweiz im Vorfeld nicht kontaktiert worden, um ihre Sicht der Dinge darzulegen, wie Folco Galli, Sprecher des Bundesamts für Polizeiwesen (BAP), sagte.

Das 1998 vom Genfer Generalstaatsanwalt Bernhard Bertossa ausgestellte Auslieferungsgesuch bleibe trotz der Diagnose der britischen Ärzte gültig. Es stützt sich auf das Verschwinden des chilenisch-schweizerischen Doppelbürgers Alexis Jaccard von 1977 in Buenos Aires.

Bertossa macht Grossbritannien derweil schwere Vorwürfe: In der Zusammenarbeit bei Auslieferungen sei das Land im Allgemeinen nicht glaubwürdig. «Ich bin überhaupt nicht überrascht, zu erfahren, dass das Prozedere durch die Hintertür liquidiert worden ist», sagte Bertossa am Mittwoch auf Anfrage.

Besetzung des IKRK-Büros in Bogotá

Neues Treffen mit Regierung - Besetzer verlangen Geld für Familien

GENF/BOGOTÁ: Mehrere hundert Personen haben ihre Besetzung des IKRK-Büros in Bogotá auch am Mittwoch fortgesetzt. Die Verhandlungen zwischen den vertriebenen Bauern und der Regierung konzentrierten sich auf die Zahlung von Subventionen.

«Es scheint Fortschritte zu geben», erklärte der IKRK-Sprecher Carlos Ríos gegenüber der Nachrichtenagentur sda. Am Mittwochmittag (Schweizerzeit) begann ein neues Treffen zwischen einer Besetzer-Delegation und Regierungsvertretern, an dem erneut IKRK-Vertreter anwesend waren.

Die Besetzer verlangten in erster Linie eine wirtschaftliche Unterstützung für jede Familie in Höhe von 25 Millionen Pesos (20000 Franken), sagte Ríos. Am Dienstag hatten die Bauern noch das Doppelte gefordert.

Die Regierung verlange, dass die Gelder für kollektive Produktionspläne verwendet würden, sagte der IKRK-Sprecher weiter. Die Vertreter der Bauern wollten demgegenüber die Summe jeder Familie zum eigenen Gebrauch übergeben. Die Arbeit des IKRK in ganz Kolumbien sei weiter suspendiert, erklärte Ríos.

Mütter der Vertriebenen-Familien hatten in der letzten Woche das Angebot der Regierung abgelehnt, die

anwesenden Kinder während der Verhandlungen an einem anderen Ort unterzubringen.

Die Bauern hatten das Gebäude des IKRK am Dienstag letzter Woche gestürmt und 33 der zunächst 37 Geiseln innerhalb weniger Stunden freigelassen. Die Besetzer beschuldigen die Regierung, die Vertriebenen im eigenen Land zu vernachlässigen.

Die Besetzer gehören zu einer Gruppe von rund 300 Bauern, die unter Todesdrohungen aus ihrer Heimat vertrieben worden sind. Sie demonstrieren seit drei Wochen vor dem Gebäude des IKRK und vertreten nach eigenen Angaben 1200 vertriebene Landbewohner. Von der Regierung erwarten sie konkre-

te Lösungsvorschläge für ihre Ernährungs-, Gesundheits- und Berufsprobleme.

«Die Vertriebenen, die derzeit von uns keine Hilfe mehr bekommen, werden die Aktion nicht gutheissen», sagte IKRK-Sprecher Urs Boegli am Mittwoch in Genf. Das IKRK befürchte sich aber in einer fragilen Situation.

Während des Kriegs in Ex-Jugoslawien hatten unter anderem Angehörige von Verschwundenen ähnliche Aktionen in IKRK-Büros durchgeführt, die jedoch weniger lang andauerten. Die weltweit rund 60 IKRK-Delegationen erhalten nach Angaben der Genfer Organisation durchschnittlich 2,8 Drohungen pro Woche.

Öcalan: Vorerst keine Hinrichtung

Türkei folgt einer Bitte des Europäischen Gerichtshofes

ANKARA: Der PKK-Führer Abdullah Öcalan wird vorerst nicht hingerichtet. Das hat die türkische Regierungskoalition nach Angaben von Ministerpräsident Bülent Ecevit am Mittwochabend in Ankara beschlossen.

Die Türkei folgt damit einer Bitte des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes in Strassburg. Das Gericht hatte Ankara aufgefordert, die Hinrichtung Öcalans bis zum Abschluss des Verfahrens auszusetzen, das die Anwälte des zum Tode verurteilten PKK-Chefs angestrengt haben.

Durch den Beschluss erhält der verurteilte Kurdenführer eine erhebliche Atempause, denn der Prozess in Strassburg kann bis zu zwei

Jahre dauern.

Sollte die PKK versuchen, den Entscheid der Regierungskoalition auszunutzen, «dann wird das Vollstreckungsverfahren sofort beginnen», drohte Ecevit. Die Akte Öcalan werde dann umgehend dem

Parlament zugestellt. Dort gilt eine Mehrheit für die Hinrichtung des Kurdenführers als sicher.

Ecevits rechtsextremer Regierungspartner Devlet Bahçeli wollte sich vor der Presse nicht zu dem Beschluss äussern.



Wie sieht die Zukunft von Abdullah Öcalan aus? Während die Regierung die Hinrichtung aufschiebt, verlangt das Volk seinen Kopf.

Neuer Kreml-Finanzchef

MOSKAU: Der russische Finanzminister Wiktor Iwanow hat seinen Weggefährten als neuen Finanzminister der russischen Regierung ernannt. Wiktor Iwanow ist der bislang jüngste Finanzminister der Kontrolle der Staatsfinanzen und Exportkontrollen. Iwanow hat den Posten des stellvertretenden Finanzministers inne und wurde im vergangenen Jahr zum stellvertretenden Finanzminister ernannt. Iwanow ist ein enger Mitarbeiter des Finanzministers Iwanow. Iwanow ist ein enger Mitarbeiter des Finanzministers Iwanow. Iwanow ist ein enger Mitarbeiter des Finanzministers Iwanow.